

03/2025

## Landwirtschaft und Verarbeitung in Deutschland stärken

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette in Deutschland trägt einen wesentlichen Beitrag dazu bei, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Hohe Produktions- und Bürokratiekosten, Transformationsinvestitionen hin zu einer nachhaltigeren Agrar- und Ernährungswirtschaft bei gleichzeitiger internationaler Konkurrenz mit zumeist niedrigeren Standards und Produktionskosten bilden zusammen vielfältige Herausforderungen.

Angesichts dessen müssen vor allem die Standortbedingungen in Deutschland verbessert und dabei eine langfristige Planungssicherheit gesetzt werden. Diese sollte Abwanderung und Produktionsverlagerung entgegenwirken und auf einheitliche Umsetzungen im EU-Binnenmarkt zielen. Zugleich gilt es, eventuelle Zielkonflikte zu lösen. Diese können sich ergeben, wenn zum Beispiel höhere Tierwohlstandards etabliert werden sollen, diese aber nicht zugleich zur Emissionsreduktion beitragen.

### HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

#### Standort für Agrarwirtschaft und Ernährung stärken

Für bessere Standortbedingungen für Erzeuger, Verarbeiter, Händler und Hersteller von Produkten für die Agrarwirtschaft sollte es ein Maßnahmenbündel geben, das **die Unternehmen bei den Produktionskosten entlastet und den Aufwand für Berichterstattungen und Bürokratiekosten insgesamt reduziert**. Dafür benötigt es **geringere Energiepreise**, die alle Betriebe entlasten würden.

**Berichts- und Dokumentationspflichten sollten vereinfacht und reduziert werden**, auf europäischer und nationaler Ebene. Dafür sollte sich die neue Bundesregierung bei

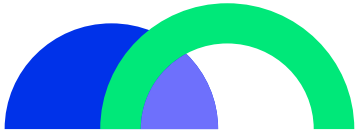
der anstehenden Omnibus-Verordnung zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), Taxonomie-Verordnung, Finance Disclosure Regulation (SFDR) und Waldschutzverordnung (EUDR) für eine möglichst pragmatische Umsetzung aussprechen.

Zusätzlich sollte auf nationaler **Ebene die Entlastung und Beschleunigung in der Genehmigungspraxis** ein Ziel sein. Das betrifft etwa Bauvorhaben bei der Umstellung der Tierhaltung ebenso wie die Zulassung neuer Produkte. Mit den Praxis-Checks des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) wurde dafür in der vergangenen Legislaturperiode ein geeignetes Instrument erprobt. Das sollte auf die Agrar- und Ernährungswirtschaft ausgeweitet werden. Außerdem sollte die Bundesregierung Lücken im Bodenrecht schließen, damit landwirtschaftliche Investitionen in Agrarflächen gestärkt werden.

#### Europäische Regulierungen einfach umsetzen und Wettbewerbsfähigkeit fokussieren

Deutschland sollte **Verordnungen und Richtlinien der EU möglichst 1:1 umsetzen** und keine Sonderwege gehen, die für Unternehmen zusätzlichen Aufwand nach sich ziehen und für Unsicherheit sorgen könnten.

Zudem sollte die Bundesregierung auf ein **Level Playing Field für die Agrar- und Ernährungswirtschaft im internationalen Handel** achten, wenn der Handel mit anderen Wirtschaftsräumen reguliert und vereinfacht werden soll, etwa mit den MERCOSUR-Staaten. Das heißt, **die zumeist höheren Umwelt- und Tierwohlstandards in der EU dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen im EU-Binnenmarkt und außerhalb der EU nicht einschränken**. Importierte Produkte und Rohstoffe sollten nicht durch niedrigere Standards zur unfairen Konkurrenz der heimischen Unternehmen in der EU werden. Es muss sichergestellt sein, dass diese die gleichen hohen Anforderungen wie heimische Produkte einhalten. Zugleich muss die



**Exportfähigkeit der Unternehmen in Deutschland erhalten** bleiben, wenn sie ihre Produkte in Wirtschaftsräume mit niedrigeren Standards ausführen. Hierfür braucht es einen geeigneten Rahmen und Kontrollen.

#### **Verlässlicher Rahmen für den Umbau der Nutztierhaltung und Kennzeichnung**

Die Betriebe benötigen für den Umbau der Nutztierhaltung hin zu höheren Tierwohlstandards eine **langfristige Planungssicherheit**, die durch einen **ausreichend ausgestatteten Finanzierungsrahmen** flankiert sein muss. Auch **vergünstigte Kredite** und eine **Beschleunigung bei Genehmigungsverfahren** können helfen.

Zur Planungssicherheit gehört **ein klarer Fahrplan für Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung**, damit Verbraucher\*innen über die höheren Standards einfach zugängliche und vergleichbare Informationen erhalten. Dafür sollte das nationale Tierhaltungskennzeichnungsgesetz überprüft und mit dem bewährten privatwirtschaftlichen System der Haltungsformkennzeichnung verknüpft werden. Seitens der Bundesregierung ist mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass zeitnah EU-Gemeinschaftsrecht geschaffen wird betreffend Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung. Dabei sind die Kennzeichnungen von Tierhaltung und Herkunft für alle Tierarten und alle Vertriebswege unter anderem von Fleisch und Fleischwaren einschließlich Importware verpflichtend einzuführen.

#### **Ökologischen und nachhaltigen Landbau anreizen, Resilienz stärken**

Kunden greifen vermehrt zu ökologisch hergestellten Produkten, jedoch wächst die ökologisch bewirtschaftete Agrarfläche langsamer als die Nachfrage. Es braucht daher **eine konsequente Stärkung des ökologischen und nachhaltigen Landbaus**, wenn die Abhängigkeit von Importen verringert und die positiven Effekte auf Wasser und Böden wirksam werden sollen. Die **Bio-Strategie der Bundesregierung soll bei ausreichender Mittelausstattung weiterverfolgt werden** und einen marktorientierten Ansatz verfolgen, mit dem Ziel, die Resilienz der Landwirtschaft zu erhöhen.

#### **Innovationsklima voranbringen**

Zur Innovation im Bereich Lebensmittel und Agrarprodukte brauchen die Unternehmen **ein innovationsfreundliches Klima gegenüber neuen Methoden und Verfahren**. Eine langfristige und planungssichere Förderpolitik im Bereich Biotechnologie und bei alternativen Proteinen ist dabei sehr wichtig. Die Bundesregierung sollte sich zu einer **Diversifizierung der Proteinversorgung** bekennen und das Ziel in einer Roadmap festschreiben, diesen Sektor strategisch weiterzuentwickeln. Dazu sollten **Genehmigungs- und Zulassungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden**, damit Markteinführungen schneller realisiert werden können. Somit würden die Chancen verbessert, dass Innovationsinvestitionen in Deutschland getätigt werden und so Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Zulassung und dem Produktionsaufbau neuer Ernährungssysteme einnimmt.

### **Kompetenzcluster Agrarwende & Ernährung**

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.  
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin  
[kommunikation@wv-g.de](mailto:kommunikation@wv-g.de)

Hauptgeschäftsführung: Martin Kaul,  
Katharina Krüger (stellv.)

Referenten Cluster Agrarwende & Ernährung:  
Christian Forster, Simon Behnisch, Emil Halm

Aus der Wirtschaft, mit der Politik: In den Kompetenzclustern entwickeln die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung der Grünen Perspektiven und Impulse. Diese müssen nicht in jedem einzelnen Fall mit den Positionen jedes einzelnen Mitglieds übereinstimmen. [Mehr hier](#).

Eingetragen im [deutschen Lobbyregister](#)  
R007085 & im [EU Transparenzregister](#)  
290752950419-55